WB-FM-01-064-2

Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Marcel Rohrlack (München KV)

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 63 bis 72:
diese meist, statt sie einzudämmen und zu lösen. So nähren deutsche Rüstungsexporte an ~~Saudi-Arabien und andere kriegführende Parteien die Kriege im Nahen Osten, aber auch den sogenannten Drogenkrieg in Mexiko. Das wirtschaftliche Interesse einzelner Unternehmen übertrumpft dabei das humanitäre Interesse an Konfliktprävention und Konfliktlösung. Damit muss endlich Schluss sein. Deshalb werden wir mit dem Rüstungsexportgesetz gesetzlich verbindlich und restriktiv neu regeln, dass der Handel mit allen Rüstungsgütern an klare Kriterien geknüpft, massiv begrenzt und der Export in Staaten außerhalb von NATO und Europäischer Union unterbunden wird. Insbesondere Exporte in Konfliktgebiete und Länder, in denen schwere Menschenrechtsverletzungen stattfinden, sollen gesetzlich verboten werden.~~autoritäre und diktatorische Regime, insbesondere die Golfstaaten Saudi-Arabien und Iran, sowie die Militärdiktatur in Ägypten den Krieg im Jemen und die Unterdrückung der demokratischen Opposition. Das wirtschaftliche Interesse übertrumpft dabei das humanitäre Interesse an Konfliktprävention und Konfliktlösung. Damit muss endlich Schluss sein. Daher werden wir GRÜNE den Export von Waffen und Rüstungsgütern massiv begrenzen. Die Rüstungsexportkontrolle muss vom Wirtschaftsministerium ans Auswärtige Amt übertragen und durch umfassende parlamentarische Kontrolle reguliert werden. Deshalb werden wir mit dem Rüstungsexportgesetz gesetzlich verbindlich und restriktiv neu regeln, dass der Handel mit allen Rüstungsgütern an klare Kriterien geknüpft, massiv begrenzt wird. Alle Exporte an Staaten oder Organisationen außerhalb der Europäischen Union, der NATO und ihrer demokratischen Alliierten müssen grundsätzlich unterbunden werden. Deutsche Waffen und Rüstungsgüter dürfen nicht konfliktverschärfend wirken. Auf europäischer Ebene brauchen wir sowohl eine stärker koordinierte Sicherheits- und

Begründung

Wir wollen die Kompetenzverschiebung ans Auswärtige Amt explizit erwähnt wissen, da die Rüstungsexportkontrolle Teil der Außen- und nicht der Wirtschaftspolitik sein soll. Darüber hinaus wollen wir wie bisher die Rüstungsexporte nicht an der reinen Mitgliedschaft in Organisationen wie der NATO festmachen, da sich auch etwa die Türkei immer mehr von den demokratischen Prinzipien verabschiedet, sondern die gemeinsamen Werte etwa mit Japan, Australien oder Neuseeland zur Grundlage erklären. Deswegen wollen eine klare Vision für eine effektive Rüstungsexportkontrolle entwickeln statt rein retrospektiv auf die Vorgängerregierung zu schimpfen. Zudem dürfen angesichts einer sich erneut zuspitzenden Sicherheitslage in Ägypten dürfen die Fehler vom sogenannten "Arabischen Frühling" nicht wiederholt werden. Dies wollen wir klar benennen und eine deutliche Absage an die Militärdiktatur General Al-Sisis erteilen.

Unterstützer*innen

Sebastian Pewny (Bochum KV); Bennet Müller (Aalen-Ellwangen KV); Simon Schulenberg (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Maximilian Bierbaum (Hamburg-Mitte KV); Sebastian Hansen (Würzburg-Land KV); Marcel Duda (Hildesheim KV); Martin Becker (Mainz KV); Sebastian Schaffer (Hamburg-Altona KV); Stefan Benzing (Ludwigsburg KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Sebastian Schäfer (Stuttgart KV); Lino Klevesath (Göttingen KV); Leander Hirschsteiner (München KV); Franz Martin Rumiz (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Achim Jooß (Alb-Donau KV); Sophie Harper (München KV); Arne Brach (München KV); Sebastian Mann (Tübingen KV); Sebastian Engelmann (Ludwigsburg KV); Lena Christin Schwelling (Ulm KV); Alexander König (München KV); Jamila Schäfer (München KV); André Stephan (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Claudia Wagner (Aalen-Ellwangen KV)